



Grußwort

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

anlässlich der Veranstaltung zum Thema Stromtrasse

**am 29. Juni 2014
am Goldkronacher Badesee**

Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim und Goldkronacher Bürger ist es für mich von größter Bedeutung, an der heutigen Veranstaltung zur Gleichstromtrasse Süd-Ost teilzunehmen, um meinen Schulterschluss mit Ihnen allen gegen den Bau dieser Stromtrasse zum Ausdruck zu bringen!

Der faktische Stopp der Planungen der Gleichstromtrasse Süd-Ost durch den Netzbetreiber Amprion im Februar dieses Jahres war ein ‚Sieg der Vernunft‘, der auch auf dem engagierten Einsatz der Bürgerinnen und Bürger und der Politiker unserer Region über Parteigrenzen hinweg fußt. Der Netzbetreiber Amprion hat bislang bei der Bundesnetzagentur keinen Antrag gestellt, mit den Planungen offiziell beginnen zu können.

Ich danke in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich meiner Landtagskollegin Gudrun Brendel-Fischer und dem Landrat des Landkreises Bayreuth, Hermann Hübner, die gemeinsam mit mir gegen den Bau dieser Stromtrasse gemeinsam mit Ihnen allen entschlossen eintreten.

Ein stures Festhalten an der Trassenplanung ist ein „Weg in die Irre“. Ich bin überzeugt, dass der Vorstoß der Bayerischen Staatsregierung, ein Gasturbinenkraftwerk im Umfeld des 2015 zur Abschaltung anstehenden Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld zu errichten, diese Gleichstromtrasse Süd-Ost überflüssig machen wird.

An der Diskussion, welcher Trassenbau generell in Bayern und darüber hinaus erforderlich ist, muss auch externer wissenschaftlicher Sachverstand beteiligt werden. Ich nenne die Wissenschaftler Prof. Dr. Christian von Hirschhausen von der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Lorenz Jarass von der Hochschule RheinMain und Prof. Dr. Claudia Keufert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, die sich alle mit wissenschaftlicher Grundlage gegen diese Trasse ausgesprochen haben. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in den vergangenen zwei Jahren diverse Analysen durchgeführt und kommt zu dem Schluss, dass die Gleichstrompassage Süd-Ost nicht notwendig ist, um die Versorgungssicherheit in Bayern zu gewährleisten. In den Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Kraftwerks- und Leitungskapazitäten in Süddeutschland und Österreich ausreichen, um Bayern mit Strom zu versorgen – auch wenn in acht Jahren das letzte bayerische Atomkraftwerk vom Netz geht.

Bis heute hat der Netzbetreiber Amprion GmbH mir keinerlei schlüssige Argumente vortragen können, die die Gutachten der Professoren Dr. Christian von Hirschhausen, Dr. Lorenz Jarass und Dr. Claudia Keufert entkräften, geschweige denn eigene wissenschaftliche Gutachten vorlegen können, die die Ergebnisse dieser renommierten Wissenschaftler widerlegt. Diese begründete Wissenschaftsmeinung einfach zu negieren ist nicht hinnehmbar. Landrat Hermann Hübner hat die Bayerische

Staatsregierung aufgefordert, ein eigenes wissenschaftliches Gutachten zur Gleichstromtrasse in Auftrag zu geben. Gemeinsam mit Landrat Hübner und Gudrun Brendel-Fischer bin ich überzeugt, dass das Ergebnis dieser Studie zeigen wird: Die Gleichstromtrasse Süd-Ost ist überflüssig!

Die Grundakzeptanz der Firma Amprion ist wegen der Kommunikationsstrategie nicht mehr gegeben. Dieses Unternehmen hat aus gutem Grund das Vertrauen in der Bevölkerung vollständig verloren. Es ist an der Zeit, dass die Netzplanung noch einmal komplett auf den Prüfstand gestellt wird, damit dieses Projekt das Klima bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Energiewende nicht insgesamt vergiftet!

Auf Vermittlung meiner Bundestagskollegin, Frau Parl. Staatssekretärin Anette Kramme MdB, habe ich Ende Mai dieses Jahres gemeinsam mit Frau Annke Gräbner von der Bürgerinitiative Speichersdorf, Frau Renate van de Gabel-Rüppel von der Bürgerinitiative Creußen, Herrn Gerd Weber von der Bürgerinitiative Pegnitz und weiteren bayerischen Bürgerinitiativen sowie dem 1. Bürgermeister der Stadt Pegnitz, Uwe Raab und Landrat Hermann Hübner knapp 130.000 Unterschriften gegen die Gleichstromtrasse Süd-Ost an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer MdB, übergeben.

Dies war ein starkes Zeichen der gesamten Region, dass diese Stromtrasse politisch nicht gewollt wird und auch nicht durchsetzbar ist. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen dieses für unsere Region so zentrale Thema gemeinsam angehen. Ich bin davon überzeugt, dass die Gleichstromtrasse Süd-Ost nicht gebaut werden wird.

Dabei bin ich mir meiner Verantwortung für die Energie-Versorgungssicherheit in Deutschland voll bewusst. Zum Erfolg des Energieumstieges in der Bundesrepublik Deutschland gehört auch der Netzausbau. Im Hinblick auf die Gleichstromtrasse Süd-Ost haben sich allerdings drei Grundvoraussetzungen massiv geändert.

1. Im Gesetzesentwurf stand, dass es „durch einen massiven Zubau erneuerbarer Energien in den ostdeutschen Bundesländern zu Engpässen im Transport von Strom nach Süddeutschland“ kommt. Dass nun stattdessen in erster Linie Kohlestrom aus ostdeutschen Braunkohlerevieren, anstatt Strom aus einem „massiven Zubau“ erneuerbarer Energien nach Bayern transportiert werden soll, lässt erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Projektes aufkommen.

2. Ursprünglich war vorgesehen, dass die Gleichstromtrasse Süd-Ost an die deutschlandweit zu errichtenden Stromnetze so angebunden wird, dass auch überschüssiger Strom von Offshore-Anlagen in Norddeutschland nach Bayern transportiert werden könnte. Das trifft in dieser Form nicht mehr zu.

3. Erst in diesem Jahr wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht ein Gasturbinenkraftwerk im Umfeld des 2015 zur Abschaltung anstehenden

Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld die Gleichstromtrasse Süd-Ost für die Stromversorgung Bayerns überflüssig macht. Mit diesem Kraftwerk kann nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung die Versorgungssicherheit Bayerns auch nach 2022 ohne eine Süd-Ost-Stromtrasse sichergestellt werden.

Auf Grund dieser drei genannten Veränderungen stellt sich die Frage des Netzausbaus in Bayern neu! So muss zunächst die Grundsatzfrage geklärt werden, ob der Freistaat Bayern künftig nur Transitland für Strom sein wird oder ob energiewirtschaftliche Wertschöpfung im Freistaat selbst stattfindet, zum Beispiel durch einen Mix aus regenerativen Energien in der Kombination mit dem genannten neuen Gasturbinenkraftwerk.

Die Firma Amprion und die Bundesnetzagentur haben bis heute nicht konkret die Frage beantwortet, wie sich der Bau eines Gasturbinenkraftwerkes auf die zugrunde gelegten Szenarien, z. B. auf die generelle Notwendigkeit dieser Trasse auswirkt. Auch wurden der Strommix, der durch diese Leitung gehen soll sowie die Notwendigkeit eines übergreifenden Netzmanagements nicht hinreichend dargestellt.

Technische Notwendigkeit und energiewirtschaftliche Zusammenhänge müssen transparent und zweifelsfrei begründbar sein. Beides steht bei der diskutierten Gleichstromtrasse Süd-Ost zunehmend und deutlich in Frage. Auch kamen das Unternehmen Amprion und die Bundesnetzagentur bislang der Bitte nicht nach, die detaillierten Untersuchungsergebnisse, die zu dem diskutierten Trassenvorschlag geführt haben, den Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Sowohl die Bundesnetzagentur als auch das Unternehmen Amprion müssen sich dem Dialog mit Wissenschaftlern wie Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, Prof. Dr. Lorenz Jarass und Prof. Dr. Claudia Keufert stellen. Die genannten Wissenschaftler haben mehrfach öffentlich bekundet, dass die Gleichstromtrasse Süd-Ost lediglich dem Transport von Braunkohlestrom dient und für die Versorgungssicherheit des Freistaates Bayern nicht erforderlich ist.

Der Bayerische Landtag hat bereits Anfang dieses Monats auf Antrag der CSU-Fraktion in einem Dringlichkeitsantrag die Gleichstromtrasse Süd-Ost abgelehnt. Damit unterstrich der Bayerische Landtag, dass diese Trasse unzweckmäßig und nicht mit dem überregionalen Austausch von Strom aus Erneuerbaren Energien im Einklang steht. Auch der Bayerische Ministerpräsident hat öffentlich die bislang geplante Gleichstromtrasse abgelehnt. Meine Landtagskollegin Gudrun Brendel-Fischer teilte mir mit, dass der CSU-Fraktionsverband in dieser Woche diese Position erneut bekräftigt hat.

Im Zusammenhang mit dem Netzausbau in Deutschland ist auch die Frage zu stellen, wie vorhandene Netzinfrastruktur, z. B. der Deutschen Bahn, in ein Gesamtkonzept mit eingebracht werden kann.

Ich habe Herrn Bundesminister Dobrindt MdB und Frau Staatsministerin Aigner MdL eine Machbarkeitsstudie der Leibniz Universität Hannover, der Technischen Universität Dresden und der Technischen Universität Clausthal übersandt, die 2012 abgeschlossen wurde. Darin werden das Zusammenwirken von Bahnstromnetz und Energieversorgung sowie die Potenziale zwischen bestehenden Verkehrsstrassen (Bahnstrom) aufgezeigt, die im Rahmen des Netzausbaus nutzbar gemacht werden könnten.

Durch eine räumliche und technische Mitnutzung sowie durch eine Bündelung bestehender Bahnstromtrassen mit neuen überörtlichen Energieleitungen ergäben sich volkswirtschaftliche Vorteile und Synergieeffekte, die weit über den geringeren landschaftlichen Flächenverbrauch hinausgehen. Der technische, finanzielle und regulatorische Aufwand, die Bahnstromtrassen in den Netzausbau einzubeziehen, ist nicht gering, aber machbar und volkswirtschaftlich vertretbar. Das rund 7.750 Kilometer lange Stromnetz der Bahn wird mit 16,7 Hertz betrieben, so dass der Strom für Haushalte oder Industriebetriebe nicht ohne weiteres durchgeleitet werden kann. Diese historische und protektionistische Festlegung nach dem 1. Weltkrieg ist aber nicht unabänderlich. Bei modernen und mehrsystemfähigen Lokomotiven wären aufgrund höherer Stückzahlen für die Transporteure langfristig sogar Kostenvorteile zu erwarten. Das Bahnstromnetz ist als ein Verteiler- und Ausgleichsnetz geplant, in dem eine großräumige Stromübertragung möglich, aber heute nicht der Regelfall ist. Eine Parallelführung von Bahn- und Hochspannungsleitungen auf den Bahnstromtrassen ist mit HGÜ-Technik und ertüchtigten Masten durchaus denkbar.

Eine Einbeziehung des Bahnstromnetzes hätte für unsere gesamte Region auch den großen Nutzen, dass so im Hinblick auf die dringend erforderliche Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ein Synergieeffekt geschaffen würde, indem die hierfür benötigte Stromleitung auch für das Stromnetz genützt wird.

Bundesverkehrsminister Dobrinth versicherte, dass das Bundesverkehrsministerium mit der Deutschen Bahn AG in eine intensive Diskussion eintreten wird, um die Frage zu klären, in welchem Umfang ihr Netz für den Ausbau des öffentlichen Stromnetzes genutzt werden kann. Im Hinblick auf den Bau der Gleichstromtrasse Süd-Ost machte Bundesminister Dobrindt deutlich, dass "die Ängste der Bevölkerung hinreichend berücksichtigt" werden müssen. Dies umfasst für Verkehrsminister Dobrindt ausdrücklich auch „die Frage des Umfanges des Baus von Stromtrassen“.

Auch der Parl. Staatssekretär Uwe Beckmeyer sicherte bei der Unterschriftenübergabe der genannten Bürgerinitiativen in Berlin zu, für die Netzplanung auch die Möglichkeit der Durchleitung von Strom innerhalb des DB-Netzes zu prüfen.

Die Bürgerinitiativen und die Mandatsträger der Region ziehen an einem Strang. Auch ich versichere Ihnen heute: Ich werde mich im engen Schulterschluss mit Ihnen entschlossen dafür einsetzen, dass diese Gleichstromtrasse nicht gebaut wird! Auf Bundesebene gilt es, dass diese Trasse in einem künftigen Gesetz über den Bundesbedarfsplan nicht mehr aufgenommen wird. Ich bin sicher, dass Untersuchungen belegen werden, dass diese Stromtrasse, die von der Bevölkerung, den regionalen Mandatsträgern, dem Bayerischen Landtag und der Bayerischen Staatsregierung abgelehnt wird, nicht notwendig ist und gegen den Willen der Bevölkerung nicht gebaut werden kann!